



Die Besucher des Hallenbades können weiter entspannt schwimmen, und die Aktiven der Bürgergenossenschaft haben jetzt Zeit, das jährliche Defizit zu mindern. (Fotos: rs)

# Schwimmen und Schwitzen gesichert

Der Betrieb im Mucker aquariohm kann ohne Einschränkungen weiterlaufen. Die Gemeindevertretung erhöht den jährlichen Zuschuss auf insgesamt 330 000 Euro. Begonnen hatte man vor sechs Jahren mit 185 000 Euro. Allerdings kommen von den Politikern auch deutliche Worte, dass es so nicht weitergehen kann.

Von Rolf Schwickert

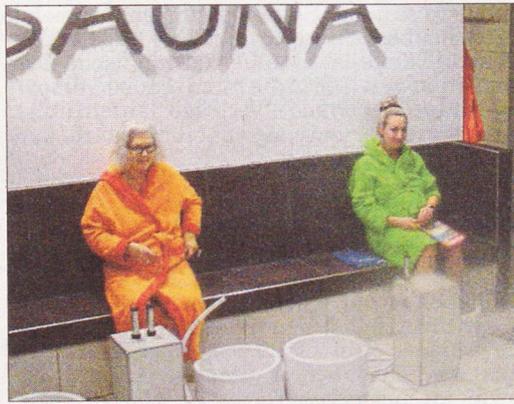
Leuchttürme kosten viel Geld. Dafür haben sie aber auch eine enorme Strahlkraft ins Umland. Der Begriff Leuchtturm fiel im Dorfgemeinschaftshaus von Merlau am Mittwochabend gleich mehrfach bei der Diskussion über einen höheren Zuschuss für Hallenbad und Sauna im aquariohm. Und auch der positive Effekt des Bades über die Mucker Grenzen hinaus wurde gelobt. Aber in den nächsten Jahren sollten Mittel und Wege gefunden werden, den Zuschussbedarf zu senken, so der dringliche Appell an die

„Wir sollten nicht nur Ja sagen, sondern Ja, aber“

Dr. Udo Ornik (Grüne)

Verantwortlichen der Bürgergenossenschaft. Diese saßen mit rund zwei Dutzend weiterer Zuhörer hinten im Saal, werden zum einen Erleichterung empfunden haben, zum anderen aber auch den deutlichen Auftrag, kostensenkende Stellschrauben zu finden.

Die Debatte eröffnete Dr. Hans Heuser (CDU), mit dem Hinweis, es gehe um erhebliche Geldbeträge und eine bedeutende Einrichtung, weshalb wohl auch das Zuschauerinteresse mit rund drei Dutzend Personen sehr groß sei. Die CDU stimme zu, weil eine andere Möglichkeit derzeit nicht in Sicht sei.



Am Mittwoch ist immer Frauensauna. Das bedeutet dann ansprechende Farbtupfer im Vorraum – zumindest so lange, wie sich der AAZ-Fotograf dort aufhält.

Die gewünschten 300 000 Euro seien ein gewaltiger Betrag, und hinzukomme das Aussetzen der Tilgung beim Investitionsfonds-B-Darlehen. Das Hallenbad und die Sauna seien sicher sehr wichtige Infrastruktur-Einrichtungen. Missfallen erregte allerdings, dass es bereits im Juni 2015 eine ähnliche Situation gegeben habe und jetzt nach 16 Monaten schon wieder. Man müsse als Gemeinde ein paar Leuchtturmprojekte haben, und Mücke habe ansonsten wenig andere, konstatierte Dr. Heuser. Von der Bürgergenossenschaft müsse man jetzt erwarten, dass in 16 Monaten nicht ein erneuter Antrag komme, denn langsam werde es schwierig, den Bürgern das zu erklären. Denn dann stünde beispielsweise zur Diskussion, gegebenenfalls Steuern zu erhöhen. Die Arbeit der Bürgergenossenschaft lobte Dr. Heuser sehr, aber an dem Defizit komme man bei aller Wertschätzung nicht vorbei. Gegebenenfalls müsse sich der Aufsichtsrat auch monatlich treffen, um einen Trend rechtzeitig auszumachen und gegenzusteuern.

Günter Zeuner schloss sich für FW und SPD den Ausführungen von Dr. Heuser an, auch er sah das aquariohm als Aushängeschild der Gemeinde. Zeuner mahnte für die Koalition, mit hohen Zuschüssen könne es nicht ewig weitergehen. Er appellierte an die Bürger, Mitglied in der Bürgergenossenschaft Hallenbad zu werden. Bei 9000 Bürgern à 50 Euro kämen 450 000 Euro zusammen, eine stabile Basis für die Genossen-

schaft. Zeuner regte an, auch die Bürger der Nachbargemeinden in diesem Sinne zu gewinnen, denn von dort kämen ja auch sehr viele Nutzer. Der Beitrittsantrag lässt sich auf der Seite des Vereines herunterladen.

Kritische Anmerkungen kamen von Dr. Udo Ornik (Grüne), er legte zwei Änderungswünsche vor. Zwar schließe man sich den Vorrednern an, aber mit 330 000 Euro (mit Aussetzen der Darlehens-Rückzahlung) sei eine Grenze erreicht, die man nicht überschreiten sollte. Als Appell sollte in den Beschluss eingefügt werden, Vorstand und Aufsichtsrat sollten wirkungsvolle Maßnahmen zur Minderung des Defizits ergreifen, und der Aufsichtsrat solle die Fraktionsvorsitzenden vierteljährlich einladen, um über die Entwicklung zu informieren. Nach einer fünfminütigen Sitzungspause gab Dr. Heuser bekannt, dass man der Grünen-Anregung nicht folge. Denn zum einen sei das ein Eingriff in das operative Geschäft, das gehe schon rechtlich nicht, und zum anderen würde das wie eine Misstrauensbekundung aussehen. Allerdings sei es sinnvoll, dass die Kommunalpolitiker immer wieder einmal informiert würden, wie dies in den vergangenen sechs Wochen bereits geschehen sei.

Dr. Ornik erwiderte, es gehe weder um Misstrauen noch um direkte Eingriffe in das operative Geschäft, sondern es gehe nur um einen Appell und bedeute eine Zusammenfassung all der kritischen Worte, die fraktionsübergreifend gefallen seien. Der Erhöhung stünden die Grünen nicht entgegen, aber ohne die Zusätze bleibe nur die Enthaltung. Der Änderungsantrag fand keine Mehrheit, der Hauptantrag wurde bei Enthaltung der Grünen angenommen.

## Diese Zuschüsse fließen

Der Gemeindevertretung lag ein Antrag von FW, SPD und CDU vor, den jährlichen Zuschuss von 185 000 Euro auf maximal 300 000 Euro bis 2022 zu erhöhen. Bis zum Jahr 2024 wird dann nur noch ein Zuschuss von maximal 250 000 Euro vorgesehen. Die Auszahlungszeitpunkte von Zuschussraten sollen dem Bedarf angepasst werden. Davon der Gemeinde an die Genossenschaft weitergeleitete Darlehen aus dem Investitionsfonds B wird bis 2021 als Nachrangdarlehen gewährt, die Tilgung ausgesetzt.